

Mit der verstärkten systemtreuen politischen Bildung, die sich an den reaktionären Erziehungsgrundsätzen der faschistischen Pädagogik orientiert, wird eine totale Eingliederung der Jugend in die Profit- und Machtpolitik des Großkapitals erstrebt.

Das wissenschaftliche Potential der westdeutschen Bundesrepublik ist zwar in den letzten zehn Jahren gewachsen, und auf einigen naturwissenschaftlichen und technischen Gebieten sind Spitzenleistungen erbracht worden. Doch statt Wissenschaft und Technik zum Wohle des Volkes, des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts einzusetzen, werden sie im Bonner Staat verstärkt der Expansionspolitik untergeordnet. Regierungsoffiziell wurde eingestanden, daß alle Maßnahmen zur sogenannten Wissenschaftsförderung in die Ziele der Gesamtpolitik des Staates eingeordnet werden. Expansions- und Profitstreben, die politischen Hauptkriterien des westdeutschen Spätkapitalismus, gelten folglich auch für alle Maßnahmen zum Ausbau des wissenschaftlich-technischen Potentials.

Die Forschungsschwerpunkte und Sonderforschungsbereiche sind überwiegend darauf ausgerichtet, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Kernwaffen- und Raketenrüstung und für strategische Planungen im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie zu erhalten.

Mit den Notstandsermächtigungen, der Finanzverfassungsreform, der Bildungsplanung, den Landeshochschul- und Schulgesetzen wird der staatliche Dirigismus auch im Bildungswesen und in der Wissenschaft weiter ausgebaut. Mit der Finanzverfassungsreform erhält die Regierung in Bonn auf Kosten der Länder und Gemeinden größere Möglichkeiten, Milliarden an Steuergeldern in die ihrem Expansionskurs dienenden Forschungen zu stecken.

Wir stellen fest: Das staatsmonopolistische System in der westdeutschen Bundesrepublik ist weder willens noch fähig, die elementaren Grundfragen des Bildungs- und Wissenschaftsbereiches im Interesse des Volkes zu lösen. Der westdeutsche Bildungsnotstand ist im dort herrschenden System begründet. Das Bildungswesen in Westdeutschland ist auf die Verewigung der Macht- und Besitzprivilegien der herrschenden Minderheit angelegt. Das Bonner Regime wendet alle Energien auf, um den inneren Formierungsprozeß mit Hilfe der Bildungseinrichtungen zu beschleunigen.

Die von der Regierung in Bonn als Bildungs- und Hochschulreform deklarierten beabsichtigten Maßnahmen stellen die bildungs- und wissenschaftspolitische Variante der Notstandskonzeption dar. Die mit diesen Maßnahmen verbundenen Manöver sollen die tiefe Kluft zwischen offizieller Bildungspolitik und humanistischen Bildungs- und Wissenschaftsidealen auf reaktionäre Weise überdecken.

Bildungsprivileg, Inhalt und Struktur des Bildungssystems der Bundesrepublik verstoßen gegen Artikel 2 des Grundgesetzes, der das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit proklamiert.

Das Recht des Volkes auf eine moderne humanistische Bildung und friedliche Nutzung der Wissenschaft gebietet die Durchsetzung der Forderungen breiter Kreise der westdeutschen Öffentlichkeit — von Studentenorganisationen, Professoren, Gewerkschaftern — nach einer entschiedenen demokratischen Bildungs- und Hochschulreform, die die Voraussetzung schafft, um das Bildungsprivileg sozial und geistig zu brechen. Inhalt und Struktur des Bildungswesens sollen eine humanistische, demokratische, dem Frieden und dem sozialen Fortschritt dienende Bildung garantieren. Westdeutschland braucht ein Bildungssystem, aus dem der Ungeist des Militarismus und Revanchismus ausgeschaltet ist und das die Jugend befähigt, ihren Einfluß auf die Gestaltung einer friedlichen Zukunft durchzusetzen. Die Forderung nach Errichtung von Marxismus-Lehrstühlen und nach völliger Lehrfreiheit für die